

No. 28432

**AUSTRIA
and
FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY**

**Agreement on the regulation of mutual film relations (with
annex). Signed at Vienna on 27 September 1966**

Authentic text: German.

Registered by Austria on 21 October 1991.

**AUTRICHE
et
RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE**

**Accord réglementant leurs relations cinématographiques
(avec annexe). Signé à Vienne le 27 septembre 1966**

Texte authentique : allemand.

Enregistré par l'Autriche le 21 octobre 1991.

[GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND]

ABKOMMEN ZWISCHEN DER ÖSTERREICHISCHEN BUNDES- REGIERUNG UND DER REGIERUNG DER BUNDESREPUB- BLIK DEUTSCHLAND ÜBER DIE REGELUNG DER GEGEN- SEITIGEN FILMWIRTSCHAFTLICHEN BEZIEHUNGEN

Die Österreichische Bundesregierung
und
die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
in dem Bestreben, die Zusammenarbeit der Film-
wirtschaften beider Staaten fortzusetzen und zu
verstetigen, sind wie folgt übereingekommen:

ABSCHNITT 1 (Filmaustausch)

Artikel 1

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland erteilt im Rahmen der geltenden Bestimmungen Auswertungsgenehmigungen für Spielfilme österreichischen Ursprungs. Die Auswertungsgenehmigung im Sinne dieses Abkommens umfaßt grundsätzlich auch die Genehmigung zur Ausstrahlung eines Filmes. Die Österreichische Bundesregierung erteilt im Rahmen der geltenden Bestimmungen Einfuhrgenehmigungen für Spielfilme mit Ursprung in der Bundesrepublik Deutschland.

(2) Unter Spielfilmen werden Filme mit Spielhandlung verstanden, die zur gewerblichen Vorführung oder Ausstrahlung bestimmt sind.

(3) Die Erteilung der Genehmigung zur Auswertung oder zur Einfuhr von Spielfilmen ist von der Vorlage eines Ursprungszeugnisses abhängig, das nach der Anlage zu diesem Abkommen ausgestellt ist.

Artikel 2

Bei der Vergabe von Filmauswertungsrechten von Unternehmen im Hoheitsgebiet der einen Vertragspartei an Unternehmen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei können zugleich die Auswertungsrechte für dritte Staaten mitvergeben werden.

Artikel 3

(1) Auswertungsrechte von Filmen aus dritten Staaten können von Unternehmen im Hoheitsgebiet der einen Vertragspartei an Unternehmen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei übertragen werden.

(2) Absatz 1 gilt nicht im Falle von Staaten, mit denen die Republik Österreich einen bilateralen Zahlungsverkehr hat.

Artikel 4

(1) Auswertungs- beziehungsweise Einfuhr- genehmigungen werden nur für solche Spielfilme erteilt, die nicht länger als dreißig Monate vor Antragstellung im Hoheitsgebiet einer Vertrags- partei erstaufgeführt worden sind.

(2) Nach Ablauf oder Rückfall der Erstmonopolrechte werden Auswertungsgenehmigungen zur weiteren Auswertung oder Neueinfuhr- genehmigungen auf Antrag der Berechtigten ungeachtet der in Absatz 1 festgesetzten Frist erteilt, sofern solche Filme — mit Ausnahme der in Absatz 3 erwähnten Fälle — nicht vor dem 1. Jänner 1946 oder unter Verwendung wesentlicher Teile eines vor dem 1. Jänner 1946 gedrehten Filmes hergestellt worden sind.

(3) Für Filme, die vor dem 1. Jänner 1946 oder unter Verwendung wesentlicher Teile solcher Filme hergestellt worden sind, können in Ausnahmefällen aus wichtigen kulturellen oder künstlerischen Gründen nach Anhörung der Fachorganisation des Staates, in dessen Hoheitsgebiet solche Filme eingeführt werden sollen. Genehmigungen erteilt werden.

Artikel 5

(1) Für Kulturfilme, Dokumentarfilme, Wochenschauen vorbehaltlich Artikel 7, Kinder- Filme, Lehrfilme, Unterrichtsfilme und Werbe- filme werden Auswertungs- beziehungsweise Einfuhr- genehmigungen in liberaler Weise erteilt werden.

(2) Artikel 1 Absatz 3 gilt entsprechend.

Artikel 6

Die im Hoheitsgebiet der Vertragsparteien zur Aufführung gelangenden Spielfilme werden grundsätzlich mit einem Kulturfilm gleichen Ursprungs übernommen. Dies gilt jedoch nur für Kulturfilme, welche die im Aufführungsstaat jeweils erforderlichen Prädikate erhalten haben.

Artikel 7

(1) Artikel 5 gilt nicht für ganze Wochenschauen zum Zwecke ihrer unveränderten Aufführung in der Republik Österreich und ebenso wenig für solches Bild- und Tonmaterial, das zur Zusammensetzung von Wochenschauen bestimmt ist, die den Inhalt einer Original-Wochenschau aus der Bundesrepublik Deutschland unverändert wiedergeben. Die bloße Umstellung in der Bilderfolge einer ganzen Wochenschau gilt als unveränderte Wochenschau.

(2) Die zuständigen österreichischen Behörden können Sicherungsmaßnahmen treffen, um einen Mißbrauch der Verwendung der zu Einfuhr aus der Bundesrepublik Deutschland zugelassenen ganzen Wochenschauen zu verhüten.

ABSCHNITT 2

(Gemeinschaftsproduktion)

Artikel 8

Unter Gemeinschaftsproduktion werden Spielfilme verstanden, die von einem oder mehreren Produktionsunternehmen im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei gemeinsam mit einem oder mehreren Produktionsunternehmen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei nach diesem Abkommen hergestellt werden.

Artikel 9

(1) Die Herstellung von Spielfilmen in Gemeinschaftsproduktion bedarf der vorherigen Genehmigung der Vertragsparteien durch ihre zuständigen Behörden, die vor Erteilung dieser Genehmigungen das Einvernehmen herstellen.

(2) In der Republik Österreich ist hiefür das Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie, Wien, in der Bundesrepublik Deutschland das Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft, Frankfurt am Main, zuständig.

Artikel 10

Die finanziellen, technischen und künstlerischen Beiträge der eine Gemeinschaftsproduktion durchführenden Produktionsunternehmen im Hoheitsgebiet beider Vertragsparteien sollen grundsätzlich ausgeglichen sein. Der Mindestbeitrag der Produktionsunternehmen im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei beträgt dreißig vom Hundert der Gesamtherstellungskosten.

Artikel 11

(1) Gemeinschaftsproduktionen können auch zwischen Produktionsunternehmen im Hoheitsgebiet beider Vertragsparteien und Produktionsunternehmen im Hoheitsgebiet dritter Staaten durchgeführt werden. Auf diese Gemeinschaftsproduktion wird Artikel 9 mit der Maßgabe

angewendet, daß auch das Einvernehmen mit den zuständigen Behörden dieser weiteren Staaten hergestellt werden muß.

(2) Bei derartigen Gemeinschaftsproduktionen beträgt die finanzielle Beteiligung der Produktionsunternehmen im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei und der dritten Staaten mindestens zwanzig vom Hundert der Gesamtherstellungskosten; der künstlerische und technische Beitrag entspricht dem finanziellen Anteil.

Artikel 12

Die in Gemeinschaftsproduktion hergestellten Spielfilme werden von den Vertragsparteien tatsächlich und rechtlich als Filme des eigenen Staates behandelt und daher durch die zuständigen Behörden der Vertragsparteien keinen diskriminierenden Bestimmungen unterworfen.

Artikel 13

Die Aufteilung der Auswertungserlöse entspricht grundsätzlich der Beteiligung der Gemeinschaftsproduzenten an den Gesamtherstellungskosten.

Artikel 14

Der Titelvorspann jeder Kopie eines in Gemeinschaftsproduktion hergestellten Spielfilmes und das Werbematerial für diesen enthält die Namen aller beteiligten Produktionsunternehmen und den Hinweis, daß es sich um eine Gemeinschaftsproduktion handelt.

Artikel 15

Der Gemeinschaftsproduktionsvertrag regelt die Frage, welches Produktionsunternehmen den Film zur Teilnahme an international anerkannten Filmfestspielen anmelden kann.

Artikel 16

Für die Herstellung von Kultur- und Dokumentarfilmen in Gemeinschaftsproduktion gelten die Artikel 8 bis 15 sinngemäß.

Artikel 17

Ausnahmen von der Regelung der Artikel 10, 11 und 13 bis 15 bedürfen der Genehmigung der Vertragsparteien durch ihre zuständigen Behörden.

ABSCHNITT 3

(Allgemeines)

Artikel 18

Die zuständigen Behörden beider Vertragsparteien unterrichten sich laufend über die Erteilung von Einfuhr-, Auswertungs- und Gemeinschaftsproduktionsgenehmigungen sowie über etwaige Abänderungen oder Ergänzungen solcher Genehmigungen.

Artikel 19

(1) Ein Gemischter Sachverständigenausschuß hat die Aufgabe, die reibungslose Durchführung dieses Abkommens zu beobachten, etwaige Änderungen vorzuschlagen und zu gegebener Zeit die Grundlagen für eine neue Übereinkunft vorzubereiten.

(2) Der Ausschuß kann auch angerufen werden, wenn eine Vertragspartei zu der Ansicht gelangt, daß im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei eine Lage eintritt, die geeignet ist, die Wettbewerbsverhältnisse zu verfälschen oder diskriminierend zu wirken.

(3) Dem Ausschuß gehören Vertreter der zuständigen Behörden der Vertragsparteien und der beiden Filmindustrien an.

(4) Der Ausschuß tritt innerhalb einer Frist von einem Monat zusammen, nachdem eine Vertragspartei dies verlangt hat.

Artikel 20

Dieses Abkommen gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland der Österreichischen Bundesregierung innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Abkommens eine gegenseitige Erklärung abgibt.

Artikel 21

Dieses Abkommen tritt mit seiner Unterzeichnung in Kraft und gilt bis zum 31. Dezember 1966. Es verlängert sich stillschweigend jeweils um ein Jahr, wenn es nicht spätestens drei Monate vor seinem Ablauf schriftlich gekündigt wird.

GESCHEHEN zu Wien, am 27. September 1966 in zwei Urschriften.

Für die Österreichische
Bundesregierung:

Dr. FRITZ BOCK

Für die Regierung
der Bundesrepublik Deutschland:

Dr. LÖNS

A n l a g e

zu dem Abkommen zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Bundesrepublik Deutschland vom 27. September 1966 über die Regelung der gegenseitigen filmwirtschaftlichen Beziehungen

VERFAHRENSORDNUNG FÜR DIE ERTEILUNG VON URSPRUNGSZEUGNISSEN

(1) Für die Einfuhr von Filmen nach den Artikeln 1, 4 und 5 des Abkommens aus der Bundesrepublik Deutschland in die Republik Österreich wird vom Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft, Frankfurt am Main, ein Ursprungszeugnis ausgestellt, worin zum Ausdruck kommt, daß der Film deutschen Ursprungs ist und im Rahmen des Abkommens nach der Republik Österreich geliefert werden kann.

(2) Für die Auswertung von Filmen aus der Republik Österreich nach den Artikeln 1, 4 und 5 des Abkommens in der Bundesrepublik Deutschland wird vom Fachverband der Filmindustrie Österreichs, Wien, eine Bescheinigung ausgestellt, worin zum Ausdruck kommt, daß der Film österreichischen Ursprungs ist und im Rahmen des Abkommens nach der Bundesrepublik Deutschland geliefert werden kann.

[TRANSLATION — TRADUCTION]

AGREEMENT¹ BETWEEN THE AUSTRIAN FEDERAL GOVERNMENT AND THE GOVERNMENT OF THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY ON THE REGULATION OF MUTUAL FILM RELATIONS

The Austrian Federal Government and the Government of the Federal Republic of Germany,

Anxious to promote and expand cooperation between the film industries of their countries,

Have agreed as follows:

SECTION 1

(EXCHANGE OF FILMS)

Article 1

(1) The Government of the Federal Republic of Germany shall, under the regulations in force, issue licences for exploiting feature films of Austrian origin. A licence to exploit a film within the meaning of this Agreement shall, in principle, also include a licence to broadcast the film. The Austrian Federal Government shall, under the regulations in force, issue licences for importing feature films originating in the Federal Republic of Germany.

(2) Feature films shall be taken to include feature treatment intended for commercial showing or broadcasting.

(3) Issuing a licence for exploiting or importing feature films shall be contingent upon the presentation of a certificate of origin drawn up in accordance with the annex to this Agreement.

Article 2

Where rights to the commercial exploitation of a film are granted by enterprises within the territory of one Contracting Party to enterprises within the territory of the other Contracting Party, exploitation rights may be granted to third countries at the same time.

Article 3

(1) Exploitation rights in respect of films from third countries may be transferred from enterprises within the territory of one Contracting Party to enterprises in the territory of the other Contracting Party.

(2) Paragraph (1) above shall not apply in the case of States with which the Republic of Austria has bilateral payment transactions.

¹ Came into force on 27 September 1966 by signature, in accordance with article 21.

Article 4

(1) Exploitation and/or import licences shall be issued only in respect of feature films first shown publicly in the territory of one Contracting Party not more than 30 months prior to the application.

(2) After the expiry or reversion of first monopoly rights, licences for further exploitation or new import licences shall be issued at the request of the entitled Parties, notwithstanding the time-limit stipulated in paragraph (1), provided that such films — except in the cases referred to in paragraph (3) — were not produced before 1 January 1946 or that substantial parts were not used in a film produced before 1 January 1946.

(3) Licences for films produced before 1 January 1946 or produced with the use of substantial parts thereof before that date may be issued for major cultural or artistic reasons in exceptional cases after consulting the specialized agency of the State into whose territory the films are to be imported.

Article 5

(1) Licences for exploiting or importing cultural films, documentaries, newsreels subject to the provisions of article 7, children's films, training and educational films, and advertising films shall be issued liberally.

(2) Article 1, paragraph (3), shall apply *mutatis mutandis*.

Article 6

Feature films imported for showing in the territory of either Contracting Party shall, in principle, be accompanied by a cultural film of the same origin. This shall, however, apply only to cultural films which must obtain the requisite rating each time in the country where they are to be shown.

Article 7

(1) Article 5 shall not apply to entire newsreels which are to be shown unchanged in the Republic of Austria, or to picture and sound material intended for inclusion in newsreels which reproduce the unchanged content of an original newsreel from the Federal Republic of Germany. A newsreel which is reproduced in its entirety but with a different sequence of items shall be deemed to be unchanged.

(2) The competent Austrian authorities may make security arrangements in order to prevent misuse of entire newsreels authorized to be imported from the Federal Republic of Germany.

SECTION 2

(CO-PRODUCTION)

Article 8

The term "co-production" shall be understood to mean feature films produced in accordance with this Agreement by one or more production enterprises in the territory of one Contracting Party jointly with one or more production enterprises in the territory of the other Contracting Party.

Article 9

(1) Co-production of feature films shall require prior authorization of the Contracting Parties via their competent authorities which shall reach common consent before granting such authorization.

(2) The competent authority in the Republic of Austria shall be the Federal Ministry for Trade and Industry, Vienna, and, in the Federal Republic of Germany, the Federal Office for Industry and Trade, Frankfurt-am-Main.

Article 10

The financial, technical and artistic contributions of production enterprises undertaking a co-production in the territory of both Contracting Parties shall, in principle, be equalized. The minimum contribution of production enterprises in the territory of one of the Contracting Parties shall be 30 per cent of the overall production costs.

Article 11

(1) Co-productions may also be undertaken between production enterprises in the territory of both Contracting Parties and production enterprises in the territory of third States. Such co-productions shall be governed by article 9 of this Agreement with the proviso that common consent must also be reached with the competent authorities of such third States.

(2) In the case of such co-productions, the financial participation of production enterprises in the territory of a Contracting Party and of third States shall be no less than 20 per cent of the overall production costs; the artistic and technical contribution shall be compatible with the financial outlay.

Article 12

Co-produced feature films shall be treated by the Contracting Parties, *de facto* and *de jure*, as films produced in their own country and shall therefore not be subject to any discriminatory regulations of the competent authorities of the Contracting Parties.

Article 13

In principle, the exploitation proceeds shall be allocated in proportion to the contribution of each co-producer to the overall production costs.

Article 14

The title credits of each copy of a co-produced feature film and advertising material for the film shall include the names of all participating production enterprises and shall indicate that the film is a co-production.

Article 15

The co-production contract shall specify which production enterprise may enter the film for internationally recognized film festivals.

Article 16

Articles 8 to 15 shall apply, *mutatis mutandis*, to the co-production of cultural and documentary films.

Article 17

Exemptions from the provisions of articles 10, 11 and 13 to 15 shall require authorization from the Contracting Parties through their competent authorities.

SECTION 3

(GENERAL)

Article 18

The competent authorities of both Contracting Parties shall keep each other regularly informed of the issuing of import, exploitation and co-production licences and of any modifications of or additions to such licences.

Article 19

(1) A Joint Commission of Experts shall monitor the smooth application of this Agreement, propose possible changes and, at the proper time, prepare the basis for a new agreement.

(2) The Commission may also be called upon if either Contracting Party considers that a situation developing in the territory of the other Contracting Party is liable to create a competitive bias or to exercise discrimination.

(3) The Commission shall be composed of representatives of the competent authorities of the Contracting Parties and of the film industries of both countries.

(4) The Commission shall meet within a period of one month if a Contracting Party so requests.

Article 20

This Agreement shall apply also to *Land Berlin*, provided that the Government of the Federal Republic of Germany does not make a contrary declaration to the Austrian Federal Government within three months of the date of entry into force of this Agreement.

Article 21

This Agreement shall enter into force on the date of its signature and shall remain in force until 31 December 1966. Thereafter it shall be tacitly extended for successive periods of one year, unless notice of the intention to terminate is given within three months of the date of expiry.

DONE at Vienna, on 27 September 1966, in two originals.

For the Austrian Federal
Government:

Dr. FRITZ BOCK

For the Government
of the Federal Republic of Germany:

Dr. LÖNS

ANNEX TO THE AGREEMENT BETWEEN THE AUSTRIAN FEDERAL GOVERNMENT AND THE GOVERNMENT OF THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY OF 27 SEPTEMBER 1966 ON THE REGULATION OF MUTUAL FILM RELATIONS

PROCEDURE FOR ISSUING CERTIFICATES OF ORIGIN

- (1) For importing films from the Federal Republic of Germany to the Republic of Austria under articles 1, 4 and 5 of the Agreement, a certificate of origin shall be issued by the Federal Office for Industry and Trade, Frankfurt-am-Main, stating that the film is of German origin and may be delivered to the Republic of Austria under the Agreement.
 - (2) For the commercial exploitation of films from the Republic of Austria in the Federal Republic of Germany under articles 1, 4 and 5 of the Agreement, a certificate shall be issued by the Film Industry Association of Austria, Vienna, stating that the film is of Austrian origin and may be delivered to the Federal Republic of Germany under the Agreement.
-

[TRADUCTION — TRANSLATION]

**ACCORD¹ ENTRE LE GOUVERNEMENT FÉDÉRAL AUTRICHIEN
ET LE GOUVERNEMENT DE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE
D'ALLEMAGNE RÉGLEMENTANT LEURS RELATIONS CINÉ-
MATOGRAPHIQUES**

Le Gouvernement fédéral autrichien et le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne,

Désireux de poursuivre et d'approfondir la coopération mutuelle entre les industries cinématographiques des deux Etats,

Sont convenus de ce qui suit :

TITRE PREMIER

(ÉCHANGE DE FILMS)

Article premier

(1) Le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne accorde, compte tenu des dispositions en vigueur, des licences d'exploitation pour de longs métrages d'origine autrichienne. La licence d'exploitation au sens du présent Accord comprend en principe également une licence autorisant la diffusion des films à la télévision. Le Gouvernement fédéral autrichien accorde, compte tenu des dispositions en vigueur, des licences d'importation pour de longs métrages originaires de la République fédérale d'Allemagne.

(2) Par longs métrages on entend les films avec une action mise en scène, qui sont destinés à une présentation ou une diffusion télévisée commerciales.

(3) La délivrance de la licence pour l'exploitation ou l'importation de longs métrages est subordonnée à la production d'un certificat d'origine établi conformément à l'annexe au présent Accord.

Article 2

Lorsque des droits d'exploitation d'un film sont accordés par des entreprises installées sur le territoire d'une Partie contractante à des entreprises installées sur le territoire de l'autre Partie contractante, des droits d'exploitation peuvent être concédés en même temps à des Etats tiers.

Article 3

(1) Les droits d'exploitation de films provenant d'Etats tiers peuvent être cédés par des entreprises installées sur le territoire d'une Partie contractante à des entreprises installées sur le territoire de l'autre Partie contractante.

(2) Le paragraphe 1 n'est pas applicable dans le cas d'Etats avec lesquels la République d'Autriche a un système bilatéral de paiements.

¹ Entré en vigueur le 27 septembre 1966 par la signature, conformément à l'article 21.

Article 4

(1) Les licences d'exploitation et d'importation respectivement ne sont délivrées que pour de longs métrages qui n'ont pas été présentés pour la première fois sur le territoire d'une partie Partie contractante plus de trente mois avant le dépôt de la demande.

(2) A l'expiration ou après réversion des droits de première exclusivité, des licences pour la poursuite de l'exploitation ou de nouvelles licences d'importation sont délivrées à la demande des parties intéressées, nonobstant le délai visé au paragraphe 1, sous réserve que ces films — à l'exception des cas visés au paragraphe 3 — n'aient pas été produits avant le 1^{er} janvier 1946, ni avec l'utilisation de séquences substantielles d'un film tourné avant le 1^{er} janvier 1946.

(3) En ce qui concerne les films qui ont été produits avant le 1^{er} janvier 1946 ou avec l'utilisation de séquences substantielles de tels films, des licences peuvent être délivrées dans des cas exceptionnels pour des raisons culturelles ou artistiques importantes après audition de l'organisation professionnelle de l'Etat sur le territoire duquel ces films doivent être importés.

Article 5

(1) En ce qui concerne les films culturels, documentaires, d'actualités, sous réserve de l'article 7, les films pour enfants, les films éducatifs et scolaires, et les films publicitaires, les licences d'exploitation et d'importation, respectivement, sont délivrées de manière libérale.

(2) Le paragraphe 3 de l'article premier s'applique *mutatis mutandis*.

Article 6

Les longs métrages présentés sur le territoire des Parties contractantes sont en principe accompagnés d'un documentaire de même origine. Cependant, cela s'applique uniquement aux documentaires ayant reçu la classification requise à chaque fois dans l'Etat dans lequel ils sont présentés.

Article 7

(1) L'article 5 ne s'applique pas aux actualités complètes destinées à être présentées sans modification en République d'Autriche, ni aux prises de son et de vues destinées au montage d'actualités qui reproduisent sans modifications le contenu d'actualités originales provenant de la République fédérale d'Allemagne. Les actualités qui sont reproduites dans leur intégralité, mais, avec les prises de vues dans un ordre différent, sont considérées comme n'ayant pas été modifiées.

(2) Les autorités autrichiennes compétentes peuvent prendre des mesures de sécurité, pour empêcher l'utilisation abusive d'actualités complètes dont l'importation de République fédérale d'Allemagne est autorisée.

TITRE 2

(COPRODUCTION)

Article 8

Par coproduction on entend les films qui sont produits au titre du présent Accord par une ou plusieurs entreprises de production installées sur le territoire de

l'une des Parties contractantes conjointement avec une ou plusieurs entreprises de production installées sur le territoire de l'autre Partie contractante.

Article 9

(1) La réalisation de longs métrages en coproduction doit recevoir l'approbation préalable des Parties contractantes par l'intermédiaire de leurs autorités compétentes qui doivent se mettre d'accord, avant de délivrer ces licences.

(2) L'autorité compétente en République d'Autriche est le Ministère fédéral du commerce et de l'industrie à Vienne, et en République fédérale d'Allemagne, l'Office fédéral de l'Industrie et du Commerce, à Francfort-sur-le-Main.

Article 10

Les concours financier, technique et artistique des entreprises de production réalisant une coproduction sur le territoire des deux Parties contractantes doivent être en principe équilibrés. La participation minimale des entreprises de production sur le territoire d'une partie contractante s'élèvera à 30 p. 100 du montant total des coûts de production.

Article 11

(1) Des coproductions peuvent être également réalisées entre des entreprises de production installées sur le territoire des deux Parties contractantes, et des entreprises de production installées sur le territoire d'Etats tiers. L'article 9 s'applique à ces coproductions, sous réserve d'obtenir également l'accord des autorités compétentes de ces autres Etats.

(2) En ce qui concerne ces coproductions, la participation financière des entreprises de production installées sur le territoire d'une Partie contractante et des Etats tiers ne sera pas inférieure à 20 p.100 du montant total des coûts de production; le concours artistique et technique sera équivalent à la quote-part financière.

Article 12

Les longs métrages réalisés en coproduction sont traités *de facto* et *de jure* par les Parties contractantes comme les films de leur propre Etat et par conséquent ne sont pas soumis à des dispositions discriminatoires de la part des autorités compétentes des Parties contractantes.

Article 13

La répartition des recettes d'exploitation correspond en principe à la participation des coproducteurs aux coûts totaux de la production.

Article 14

Le générique de chaque copie d'un long métrage réalisé en coproduction et le matériel publicitaire de ce film comprendront les noms de toutes les entreprises de production participantes et la mention qu'il s'agit d'une coproduction.

Article 15

Le contrat de coproduction précise l'entreprise de production admise à faire participer le film à des festivals cinématographiques internationalement reconnus.

Article 16

Les articles 8 à 15 sont applicables *mutatis mutandis* à la réalisation de films culturels et documentaires en coproduction.

Article 17

Les dérogations aux dispositions des articles 10, 11 et 13 à 15 doivent recevoir l'approbation des Parties contractantes par l'intermédiaire de leurs autorités compétentes.

TITRE 3

(DISPOSITIONS GÉNÉRALES)

Article 18

Les autorités compétentes des deux pays se communiquent régulièrement des informations concernant la délivrance de licences d'importation, d'exploitation et de coproduction ainsi que les modifications ou les compléments éventuels apportés à ces licences.

Article 19

(1) Une commission mixte d'experts est chargée de surveiller l'application sans incident du présent Accord, de proposer des modifications éventuelles et de préparer au moment voulu les bases d'un nouvel accord.

(2) Il peut être fait appel également à la commission, si une Partie contractante estime qu'il se présente sur le territoire de l'autre Partie contractante une situation susceptible de fausser les conditions de concurrence et d'avoir un effet discriminatoire.

(3) La commission est composée de représentants des autorités compétentes des Parties contractantes et des deux industries cinématographiques.

(4) La commission se réunit dans un délai d'un mois, si une Partie contractante le demande.

Article 20

Le présent Accord s'applique également au *Land Berlin*, sauf déclaration contraire adressée par le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne au Gouvernement fédéral autrichien dans les trois mois qui suivent l'entrée en vigueur de l'Accord.

Article 21

Le présent Accord entrera en vigueur à la date de sa signature et restera en vigueur jusqu'au 31 décembre 1966. Il est renouvelable annuellement par tacite reconduction, sauf dénonciation écrite trois mois avant son échéance.

FAIT à Vienne, le 27 septembre 1966 en deux originaux.

Pour le Gouvernement
fédéral autrichien :

Dr. FRITZ BOCK

Pour le Gouvernement
de la République fédérale d'Allemagne :

Dr. LÖNS

**ANNEXE À L'ACCORD ENTRE LE GOUVERNEMENT FÉDÉRAL AUTRICHIEN
ET LE GOUVERNEMENT DE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE
RÉGLEMENTANT LEURS RELATIONS CINÉMATOGRAPHIQUES DU 27 SEPTEMBRE 1966**

PROCÉDURE RELATIVE À LA DÉLIVRANCE DES CERTIFICATS D'ORIGINE

(1) Pour l'importation de films en République d'Autriche depuis la République fédérale d'Allemagne aux termes des articles premier, 4 et 5 de l'Accord, le certificat d'origine indiquant que le film est d'origine allemande et qu'il peut être livré à la République d'Autriche au titre de l'Accord est délivré par le Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft (Office fédéral de l'industrie et du commerce), Francfort-sur-le-Main.

(2) Pour l'exploitation en République fédérale d'Allemagne de films provenant de la République d'Autriche, aux termes des articles premier, 4 et 5 de l'Accord, l'attestation indiquant que le film est d'origine autrichienne et qu'il peut être livré à la République fédérale d'Allemagne au titre de l'Accord est délivrée par la Fachverband der Filmindustrie Österreichs (Association professionnelle de l'industrie cinématographique autrichienne), Vienne.
